

## Pressemitteilung

Landesvertretung  
Sachsen-Anhalt

**Presse: Dr. Volker Schmeichel**  
Verband der Ersatzkassen e. V.  
Schleiufer 12  
39104 Magdeburg  
Tel.: 03 91 / 5 65 16 – 20  
Fax: 03 91 / 5 65 16 – 30  
volker.schmeichel@vdek.com  
www.vdek.com

**05. Februar 2009**

### **Die Ersatzkassengemeinschaft mit neuem Gesicht – Der vdek im Wahljahr 2009**

Wir stehen in Deutschland vor einem „Superwahljahr“ mit insgesamt 16 Wahlen. Gesundheitspolitische Themen bzw. Schlagworte wie Gesundheitsfonds, Zusatzbeiträge, Anzahl der Krankenkassen (Fusionen, Insolvenzen), fairer Wettbewerb, Morbi-RSA bis hin zum aktuellen Konjunkturprogramm der Bundesregierung werfen Fragen auf, mit denen die Parteien sich in ihren Wahlkämpfen auch in Sachsen-Anhalt permanent konfrontiert sehen werden.

Der vdek – Verband der Ersatzkassen – bietet der Politik Lösungen für diese Themen an, die im Interesse unserer Versichertengemeinschaft liegen. Spätestens nach der Bundestagswahl wird eine neue Gesundheitsreform kommen müssen.

Die Finanzierungsprobleme sind nicht gelöst. Die Überalterung der Bevölkerung stellt eine große Herausforderung dar, ebenso wie das Verhältnis zur privaten Krankenversicherung. Die aktuelle Finanzkrise hat ein Gutes: Sie zeigt, dass ein kapitalgedecktes Finanzierungssystem zum umlagefinanzierten solidarischen System keine Alternative ist.

1. Unterfinanzierung des Gesundheitsfonds  
In der gesetzlichen Krankenversicherung fehlen allein 2009 nach wie vor etwa 3 Mrd. Euro. Die Krankenkassen könnten bereits Mitte des Jahres gezwungen sein, Zusatzbeiträge von ihren Versicherten zu verlangen. Die Entlastung durch die Beitragssatzabsenkung (Konjunkturprogramm) würde dann durch den Zusatzbeitrag wieder aufgehoben werden.

**Lösungsansatz einnahmeseitig z.B.:**

- Erhöhung der Beiträge für Arbeitslose von 80 auf 100 Prozent des herkömmlichen GKV-Beitrages. Damit könnte die GKV um rund 4,3 Mrd. Euro entlastet werden.

**Lösungsansätze ausgabeseitig:**

- Ermäßigter Mehrwertsteuersatz für Arzneimittel, d. h. die Absenkung von 19 auf 7 Prozent, wie dies in den meisten europäischen Ländern üblich ist.
- Beseitigung von Wettbewerbsverzerrungen – die teuren Zahnarzthonorare der Ersatzkassen erzeugen eine massive Unterdeckung bei den Zuweisungen vom Bundesversicherungsamt.
- Wettbewerb bedeutet aber auch, ausreichende Gestaltungsspielräume für die Krankenkassen zu schaffen, Eigenverantwortung und Präferenzen der Versicherten anzunehmen.

2. Zur Bewältigung der Überalterung in Deutschland gehört neben präventiven und gesundheitsfördernden Maßnahmen und der Gewinnung von Arbeitskräften im Gesundheitswesen vor allem die Verbesserung der Versorgung durch arbeitssparende und kostengünstige Prozessinnovationen (integrierte Versorgung).
3. Beteiligung der PKV an den Kosten der Solidarität im Gesamtsystem Gesundheitswesen wie in den Bereichen Pflege oder Selbsthilfe.
4. In Sachsen-Anhalt werden wir unser Hauptaugenmerk 2009 auf folgende Punkte legen:
  - Finanzierung der Ärzte in Sachsen-Anhalt mit zusätzlich 122 Mio. Euro muss die KV dazu bringen, ihren Sicherstellungsauftrag in den nächsten Jahren ohne weitere Forderungen zu erfüllen.
  - Der vdek wird bei drohender Unterversorgung in Regionen Vergütungsaufschläge fordern, die durch zeitgleiche Abschläge in gesperrten Planungsbereichen kostenneutral gegenfinanziert werden.
  - Umsetzung Pflegeweiterentwicklungsgesetz im Land soll künftig durch vernetzte Pflegeberatung der Beteiligten erfolgen. Auf Initiative des vdek haben die Beteiligten ein Gutachten zur Evaluation der Zusammenarbeit von Pflegekassen, Sozialhilfeträgern und Pflegekassen in Auftrag gegeben, das dem Land die Meinung unserer Versicherten zur Qualität in der Pflegeberatung deutlich machen wird.
  - Gesundheits- bzw. Versorgungsziele: Der vdek begleitet die Idee des Sozialministeriums, das Versorgungsziel „neue

integrierte Versorgungsformen“ zu entwickeln. Dabei kommt es vor allem darauf an, kostensparende Prozessinnovationen auf den Weg zu bringen. Dass unsere Versichertengemeinschaft mit der aktuell diskutierten „mobilen Praxisassistentin (MOPRA)“ günstiger als bisher versorgt werden würde, ist bis dato nicht zu erkennen.

- Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen: Der vdek erwartet von den Krankenhäusern 2009 als Partner der gesetzlich vorgesehenen und gemeinsam entwickelten Vereinbarungen Kooperationsbereitschaft und Fairness. Strukturwandel bei den Krankenhäusern hin zu mehr Kosteneffizienz hat die Krankenhausgesellschaft 2008 selbst blockiert, indem sie ein Gutachten gegen das Krankenhausgesetz des Landes in Auftrag gegeben hat.
- Die für 2009 zu schließende Impfvereinbarung zwischen Land, Kommunen und Krankenkassen wird zu einer finanziellen Entlastung des Landes führen. Der vdek kritisiert, dass sich der ÖGD trotz der damit verbundenen Übernahme der Impfstoffkosten durch die gesetzliche Krankenversicherung noch weiter aus seiner Verantwortung zurückzieht.